ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Wie Ungleichheit der Demokratie schadet

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (2021) : Wie Ungleichheit der Demokratie schadet, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 47, Iss. 3, pp. 297-307, https://doi.org/10.59288/wug473.85

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/333080

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial
Wie Ungleichheit der Demokratie schadet

Ökonomische Ungleichheit und demokratische Teilhabe stehen in einer wechselseitigen Beziehung. Größere Ungleichheit erschwert demokratische Entscheidungsfindungen, umgekehrt verstärken Machtungleichgewichte die Schieflagen in der Verteilung. Der Teufelskreis von ökonomischer und politischer Ungleichheit ist in den letzten Jahrzehnten zu einer prägenden Eigenschaft des globalen Wirtschaftssystems geworden und mehrfach prominent dokumentiert (Piketty 2020; Cagé 2020; Zucman und Saez 2020; Stiglitz 2020; Jacobs 2017). Machtungleichgewichte und Interessengegensätze zwischen sozialen Klassen sind charakteristische Wesenszüge des Kapitalismus, die sich aber über die Geschichte ständig wandelten.

In Österreich war die SozialpartnerInnenschaft über Jahrzehnte hinweg eine Spielart der partizipativen Demokratie, deren Anspruch es war, Gesamtinteressen über Partikularinteressen zu stellen. Dies äußerte sich in vielfältigen Formen von Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene sowie in Institutionen der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Auch vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist der Einfluss der SozialpartnerInnenschaft in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, und die Interessenkonflikte haben sich härter gestaltet. Damit rücken die Vermögensungleichheit und mit ihr einhergehende Schieflagen in der Interessendurchsetzung wieder stärker in den Fokus. Der durch (Über-)Reichtum ermöglichte Einfluss auf demokratische Entscheidungsprozesse macht die Vermögensverteilung schließlich zu einer gesellschaftlichen Kernfrage (Schürz 2019).

Macht als blinder Fleck der Wirtschaftswissenschaft

Während gesellschaftliche Machtverhältnisse in anderen Disziplinen zentral für die Analyse sind, zum Beispiel in der Politikwissenschaft oder der Soziologie, beschäftigt sich insbesondere die Mainstream-Wirtschaftswissenschaft nur wenig mit diesen Fragestellungen (Rehm und Schnetzer 2015). Vereinzelte Anhaltspunkte finden sich vor allem in Bezug auf Monopol- und Verhandlungsmacht auf Güter- und Arbeitsmärkten, wobei diese als Abweichungen von perfektem Wettbewerb verstanden werden. Bei vollkommenem Wettbewerb gelten Märkte hingegen als machtfrei (Kalmbach 2008). Die Standardzitierung der

deutschsprachigen neoklassischen Denkschule ist Eugen Böhm-Bawerks Beitrag „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ (Böhm-Bawerk 1914) in einer Auseinandersetzung mit der deutschen Historischen Schule der Nationalökonomie. Der österreichische Ökonom sah die Lohnhöhe zwar kurzfristig durch Machtverhältnisse beeinflussbar, auf lange Sicht allerdings durch ökonomische Gesetze bestimmt. So behalte schlussendlich das ökonomische Gesetz, wonach der Lohnsatz der Grenzproduktivität von Arbeit entspreche, die Oberhand, und Macht könne ihre Kraft nur im Rahmen dieses Gesetzes entfalten, es aber nicht aushebeln (Berger und Nutzinger 2008).

Zwei mögliche Gründe für die fehlende Berücksichtigung von Machtverhältnissen in der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft finden sich im methodischen Zugang und im Selbstverständnis der Disziplin. Die sogenannte marginalistische Revolution in der Wirtschaftswissenschaft im späten 19. Jahrhundert bedeutete einen Perspektivenwechsel von der Betrachtung sozialer Klassen hin zum methodologischen Individualismus, der ökonomische Phänomene auf individuelle Handlungsentscheidungen nutzenmaximierender AgentInnen zurückführt. Das war eine starke Abgrenzung zur klassischen (aber auch der marxistischen und später der postkeynesianischen) Ökonomie, deren Verständnis von sozialen Klassen politische und ökonomische Konflikte sowie Machtverhältnisse zu wichtigen analytischen Werkzeugen machte (Rothschild 2002). Zudem finden zentrale Machtungleichgewichte, beispielsweise Geschlechterverhältnisse in der Reproduktionsarbeit im Haushalt oder patriarchale Strukturen in der Wirtschaftspolitik, kaum Berücksichtigung in der auf Marktmechanismen ausgerichteten Mainstream-Ökonomie (Haidinger und Knittler 2019). Eine zweite Erklärung ist die Selbstwahrnehmung der Neoklassik als eine exakte Wissenschaft mit einer naturwissenschaftlich inspirierten Methode. Diese epistemologische Kultur in Abgrenzung zu anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen ist der Ursprung der Selbstwahrnehmung eines „ökonomischen Imperialismus“ (Lazear 2000) oder einer „Überlegenheit der ÖkonomInnen“ (Fourcade et al. 2015). Die empirisch-realistische Ontologie der Mainstream-Ökonomie begrenzt allerdings die Möglichkeiten, Machtverhältnisse zu berücksichtigen, und birgt die Sorge über den Verlust von Exaktheit und eine Verunreinigung der Wissenschaftlichkeit durch schwer quantifizierbare Phänomene (Rothschild 2002).

Macht gilt somit aus Sicht der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft als notorisch nebulöses Konzept, mit dem kaum gearbeitet werden kann. Heterodoxe Denkschulen und andere Sozialwissenschaften haben hingegen ein breiteres Spektrum an Machtkonzeptionen und Methoden der Operationalisierung anzubieten. Die sozialwissenschaftliche Debatte ist zwar weit entfernt von einer abschließenden oder gar

einvernehmlichen Definition, betrachtet aber viele Facetten und Formen von relationaler (Weber 1922; Dahl 1957) bis struktureller (Dutt 2015) Macht. Zum Beispiel beschreibt relationale Macht Abhängigkeiten zwischen Individuen, Gruppen oder Klassen und asymmetrische Beziehungen aufgrund ungleicher Ressourcen. Strukturelle Macht meint hingegen Möglichkeiten, die politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen zu gestalten, öffentliche Debatten zu beeinflussen und Agenda-Setting zu betreiben. Diese Konzeptionen von Macht sind direkt mit der Ungleichheit der verfügbaren ökonomischen Ressourcen verbunden. Nicht weniger zentral für Einflussnahme ist das soziale Kapital, das nach dem Soziologen Pierre Bourdieu die aus sozialen Beziehungen und Netzwerken resultierenden Gestaltungsmöglichkeiten beschreibt. Der deutsche Elitenforscher Michael Hartmann sieht diese sozialen Verflechtungen zwischen Vermögen und Politik als sich selbst reproduzierendes System, das die Demokratie gefährdet (Hartmann 2018). Einige der vielfältigen Verbindungen zwischen sozialer Ungleichheit und Machtungleichgewichten sollen im Rahmen dieses Beitrags beispielhaft umrissen werden.

Unterschiede in der demokratischen Teilhabe

Zahlreiche empirische Studien zeigen, dass sich die Beteiligung an Wahlen und anderen politischen Aktivitäten nach sozialen Kriterien unterscheidet (Elsässer und Schäfer 2017). Auch in Österreich hängt die Wahlbeteiligung stark mit dem Einkommen und Vermögen zusammen. Im ökonomisch schwächsten Drittel haben 41% der Wahlberechtigten bei der Nationalratswahl 2019 ihre Stimme nicht abgegeben. Im Drittel mit den höchsten Einkommen sind nur 17% nicht zur Wahl gegangen (Zandonella 2020). Zu dieser Schieflage in der Wahlbeteiligung entlang der Einkommensverteilung trägt noch bei, dass viele Menschen aufgrund ihrer StaatsbürgerInnenschaft gar nicht wählen dürfen. Insgesamt waren bei den letzten Nationalratswahlen in Österreich fast 1,1 Millionen Menschen oder 15% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter mangels Staatsbürgerschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen. In Wien ist dies sogar jede dritte Person. Obwohl diese Personen von den Entscheidungen der gewählten Vertretungen betroffen sind, haben sie keine Möglichkeit, ihre Interessen in die Wahlentscheidung einfließen zu lassen. Hingegen ist es für vermögende Menschen sogar möglich, nicht nur bei künstlerischen oder sportlichen Leistungen eine „Staatsbürgerschaft im besonderen Interesse der Republik“ zu erhalten, sondern ebenso wenn „maßgebliche wirtschaftliche Investitionen“ in Österreich getätigt werden (siehe auch Boatcã 2017).

Die Schieflage setzt sich bei anderen politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten fort, denn politisches Engagement muss man sich zeitlich und finanziell leisten können. Es gibt deutliche Unterschiede nach sozialer Stellung in der Partizipation bei Petitionen und Demonstrationen, aber auch bei aufwändigeren Beteiligungsformen wie BürgerInneninitiativen, Mitarbeit in Parteien oder Mitgliedschaft in Gewerkschaften (Walter 2012; Bödeker 2012; Checchi et al. 2010). Meist sind es Menschen mit geringen Einkommen und Frauen mit ihrem hohen Ausmaß an unbezahlter Sorgearbeit, die keine Freizeit oder Energie für politische Aktivität aufbringen können und deren Interessen somit weniger Beachtung im politischen Prozess finden. Gleichzeitig ist ein starkes Gefälle im Demokratievertrauen zu verzeichnen: Laut SORA-Demokratie-Monitor 2020 glaubten nur 43% im ökonomisch schwächsten Drittel, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Im obersten Drittel waren es 78%.

Während viele Menschen mit geringen Einkommen nicht an demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen oder mangels StaatsbürgerInnenschaft per se ausgeschlossen sind, werden am oberen Ende der Verteilung große Summen in Bewegung gesetzt, um sich Einfluss zu verschaffen. Das reicht von Einflussnahme durch Lobbying und Parteispenden bis zu Meinungsbildung durch Denkfabriken und (Massen-)Medien. Und sollte die politische Umsetzung die eigenen Interessen nicht berücksichtigen oder diesen sogar entgegenstehen, schafft Vermögen Möglichkeiten, solche Entscheidungen und Gesetze leichter zu umgehen (Alstadsæter et al. 2019).

Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik

Politische Aushandlungsprozesse werden oft durch Lobbying beeinflusst, um Partikularinteressen durchzusetzen. Da Einflussnahme meist hinter verschlossenen Türen stattfindet, gibt es dafür nur wenige empirische Belege. Vor allem die EU-Ebene ist aber für allgegenwärtigen Lobbyismus bekannt und deshalb in den Mittelpunkt der Forschung gerückt. Die Interventionen rund um Handelsabkommen wie TTIP oder CETA sind zum Beispiel vergleichsweise gut dokumentiert und zeigen, wie sich IndustrievertreterInnen Gehör bei den VerhandlerInnen verschafft haben (Eberhardt 2019). Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen haben Recherchen und Schätzungen veröffentlicht, um die Lobby-Landschaft in Brüssel zu vermessen. Obwohl die EU-Kommission seit 2008 ein Transparenzregister für aktive Interessengruppen führt, dürfte die Dunkelziffer weit über die rund 12.700 Einträge zählende Liste hinausgehen. Deshalb zeichnen Schätzungen

von Organisationen wie Lobbycontrol oder Corporate Europe Observatory ein umfassenderes Bild der Interessenvertretungen in Brüssel. Laut Lobbycontrol sollen etwa 25.000 LobbyistInnen mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro Einfluss auf die EU-Institutionen ausüben. 70% von ihnen arbeiten für Unternehmen und Wirtschaftsverbände, nur eine kleine Minderheit vertritt die Interessen von KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen.

Eine weitere Möglichkeit der Einflussnahme sind große Parteispenden, um sich die politische Gunst von Abgeordneten oder von Parteien für die eigenen Belange zu sichern. Obwohl Parteispenden in Österreich mittlerweile ab 50.000 Euro einer Meldepflicht an den Rechnungshof unterliegen, kann diese durch Stückelung umgangen werden. Aber selbst diese Regelung gibt es erst seit 2012, davor waren Zuwendungen von Einzelpersonen, Verbänden oder Unternehmen völlig unbeschränkt. Durch Stückelung bleiben größere Beträge von Vermögenden und Industriellen der Öffentlichkeit verborgen. Basierend auf Datenlecks haben JournalistInnen allerdings aufgedeckt, dass die reichsten ÖsterreicherInnen große Beträge an Parteien für Wahlkämpfe überwiesen haben. Ob dadurch die wirtschaftspolitische Gesetzgebung tatsächlich maßgeblich beeinflusst wurde, lässt sich natürlich nicht genau feststellen. Es hat jedenfalls einen bitteren Beigeschmack, wenn im Vorfeld lautstark geforderte Maßnahmen von GroßspenderInnen umgehend politisch umgesetzt werden, wie etwa der Ruf mancher Industrieller nach dem Zwölfstundentag.

Mehrere Studien zeigen (aufgrund der Datenlage) vor allem für die USA, dass die Politik häufiger den politischen Präferenzen der Reichsten folgt. Page et al. (2013) erhoben zum Beispiel Daten über wohlhabende US-AmerikanerInnen, um die Unterschiede zwischen ihren und den politischen Präferenzen der durchschnittlichen Bevölkerung zu analysieren. Sie finden dabei bemerkenswerte Übereinstimmungen zwischen den Präferenzen der Reichen und tatsächlich umgesetzten politischen Maßnahmen in gewissen Politikfeldern. Gilens und Page (2014) belegen, dass Vermögende und organisierte Interessenverbände der Kapitalseite einen deutlich stärkeren Einfluss auf die US-Politik ausüben als BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen und deren Interessenvertretungen. Für Deutschland zeigen Elsässer et al. (2016) ähnliche Ergebnisse. Sie finden einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen der Besserverdienenden, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang bei den Einkommensschwachen.

Vermögen und Einfluss auf die Meinungsbildung

Eine subtilere und zugleich wirkungsmächtigere Spielart der Einflussnahme durch Vermögende sind Versuche, breite Zustimmung in der Bevölkerung für die eigenen Belange zu gewinnen und diese nicht als Partikularinteressen, sondern als Mehrheitsmeinung erscheinen zu lassen. Ein Vehikel dafür sind Denkfabriken, die die politische, mediale und wissenschaftliche Agenda prägen sollen. Auch in Österreich werden seit den 1990er-Jahren vermehrt Thinktanks gegründet. Als eine der Ersten dieser Denkfabriken wurde 1993 das Hayek-Institut gegründet, das rasch Teil eines internationalen Netzwerks an wirtschaftsliberalen Instituten wurde. In den 2000er-Jahren kamen zahlreiche industrienahe Thinktanks wie Agenda Austria oder EcoAustria hinzu, während sich die Industrie aus dem bis dahin sozialpartnerInnenschaftlich finanzierten WIFO zurückzog (Pühringer und Stelzer-Orthofer 2016). Vor allem vermögende Industrielle und Unternehmensverbände haben in den letzten Jahren in neoliberale Institute investiert und diesen zu großer medialer Reichweite verholfen. Dass Thinktanks weniger im Fokus von Regulierungsbestrebungen stehen als das traditionelle Lobbying, macht diese besonders attraktiv. Mittlerweile sind über 20 dem Wirtschaftsliberalismus verschriebene Denkfabriken in Österreich aktiv (Schlögl und Plehwe 2015).

Demgegenüber gibt es aber auch Denkfabriken, die ihre Forschung und wirtschaftspolitischen Ableitungen im Interesse der breiten Bevölkerung und nicht einer spezifischen Gruppe sehen. Das erschwert zwar den Zugang zu einschlägigen Finanzquellen, doch weil ein starkes numerisches Ungleichgewicht zugunsten der neoliberalen Institute besteht, genießen fortschrittliche Denkfabriken steigendes öffentliches Interesse.

Nicht zuletzt spielen die traditionellen Medien eine wichtige Rolle dabei, welche Fragestellung und Forschung über ihre Kanäle an eine breite Bevölkerung gelangt und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die Macht der Massenmedien und ihr Einfluss auf die Meinungsbildung ist auch den Reichen nicht entgangen. Einige haben sich in Österreich in große Medienkonzerne eingekauft oder gleich ihre eigenen Medien gegründet, was angesichts des dynamischen Wachstums sozialer Medien deutlich einfacher geworden ist. Der Einfluss der Reichen speist sich aber ebenso aus der vergleichsweise starken Medienkonzentration in Österreich, wo die Meinungsbildung einer breiten Öffentlichkeit in den Händen einer kleinen Anzahl von Personen und Unternehmen liegt (Trappel 2018). Dass sich in der Berichterstattung auch die Interessen der EigentümerInnen widerspiegeln, liegt nahe. Beispielsweise zeigt eine neue Studie über die Positionierung österreichi-

scher Medien zu Vermögenssteuern, dass die überwiegende Anzahl an Artikeln und Kommentaren solchen Abgaben negativ gegenübersteht, während die meisten Umfragen auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung für diese Maßnahme hindeuten (Dammerer und Hubmann 2021).

Einfluss durch Philanthropie statt Steuerpflicht

Große Vermögen ermöglichen nicht nur Einfluss auf die wirtschaftspolitische Debatte und Entscheidungsfindung, sie erleichtern auch die Umgehung von getroffenen Entscheidungen und Gesetzen. So zeigen Forschungsarbeiten und Datenlecks beispielsweise, dass vor allem reichere Personen Steuern vermeiden. Am Beispiel Skandinavien wurde in den sogenannten Swiss-Leaks 2015 ersichtlich, dass 50% der nicht deklarierten Vermögen bei einer Bankniederlassung in der Schweiz den reichsten 0,01% der Haushalte zugeordnet werden konnten (Alstadsæter et al. 2019). Der französische Ökonom und Chef des neuen European Tax Observatory, Gabriel Zucman, hat errechnet, dass fast sechs Billionen Dollar oder 8% der weltweiten privaten Finanzvermögen *offshore* gebunkert werden (Zucman 2014). Dadurch entgehen der öffentlichen Hand 130 Milliarden Euro pro Jahr an Steuern.

Fakt ist, dass die Steuervermeidung und -hinterziehung von Reichen und multinationalen Konzernen die Staatshaushalte um wichtige Einnahmen bringt, die bei öffentlichen Dienstleistungen und beim Ausbau des Wohlfahrtsstaates fehlen. Stattdessen wird eine wachsende Lücke zwischen privatem und öffentlichem Vermögen sichtbar (Piketty 2014). Während öffentliches Vermögen in der Nachkriegsära eine zentrale Rolle spielte, nimmt es seit Jahrzehnten durch Privatisierungen und Deregulierungen ab. Diese Entwicklung setzte sich auch nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 fort. Einerseits wurden öffentliche Mittel dazu eingesetzt, das private Kapital, vor allem im Finanz- und Bankensektor, mittels spektakulärer Rettungsaktionen abzusichern. Andererseits gerieten die öffentlichen Haushalte durch ebendiese Ausgaben sowie durch die automatischen Stabilisatoren in der Folge der Krise unter erhöhten Druck. Vor diesem Hintergrund wurden private Investitionen zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben wichtiger, etwa der Einsatz von Public-private-Partnerships oder der Philanthrokapitalismus (Neumayr 2017). Der Einsatz privater Vermögen im öffentlichen Interesse oder für vermeintlich wohltätige Zwecke birgt politische Brisanz, wie Beispiele aus Deutschland zeigen. So sind viele Kommunen finanziell ausgehungert und nicht in der Lage, elementare öffentliche Leistungen aufrechtzuerhalten. Gelegentlich übernehmen

private GönnerInnen diese Aufgaben, entscheiden dann aber selbst, wohin das Geld fließen soll. Es gibt also das demokratiepolitische Dilemma, dass nicht mehr die gewählten Gremien über die getätigten Investitionen im öffentlichen Raum bestimmen, sondern private GeldgeberInnen. Letztere könnten beispielsweise die Renovierung des Museums im bürgerlichen Bezirk wichtiger finden als die Erweiterung des Kindergartens im ArbeiterInnenviertel, auch wenn die gewählte Stadtvertretung dies anders einschätzen würde.

Ungleichheit reduzieren, Demokratie stärken

Der Zusammenhang von Überfluss und Einfluss ist in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar – und zuweilen auch unsichtbar. Viele Menschen haben deshalb das Gefühl, dass die Eliten mehr Rechte haben und es sich richten können, während sie selbst von der Politik im Stich gelassen werden. Deshalb wenden sich manche von politischen Entscheidungsprozessen ab. Dass andere mangels StaatsbürgerInnenschaft von politischer Mitbestimmung ganz ausgeschlossen sind, verstärkt die Schieflage weiter. Welche Maßnahmen können dazu beitragen, die ökonomische Ungleichheit und die politischen Machtungleichgewichte zu reduzieren?

Demokratie stärkende Maßnahmen müssen zugrunde liegende sozioökonomische Ungleichheiten mitdenken. Zentrale Faktoren für gesellschaftliches und politisches Engagement sind ökonomische und soziale Sicherheit, die unter anderem durch eine gute Ausbildung, sichere Arbeitsplätze, stabile Einkommensentwicklung sowie gesellschaftliche Anerkennung gestärkt werden (Zandonella und Ehs 2021). Diese Sicherheiten erweitern die Spielräume für politische Teilhabe und das aktive Eintreten für die eigenen Interessen. Das stellte schon der Soziologie Émile Durkheim an der Wende zum 20. Jahrhundert fest: Eine demokratische Willensbildung setze gute und gerechte Bedingungen der gesellschaftlichen Arbeit voraus. Gleichzeitig müssen die mannigfachen Möglichkeiten der privaten Einflussnahme durch Überreiche auf die *res publica* eingedämmt werden. Zaghafte Schritte, wie das Beschränken von Parteispenden oder das Führen von Transparenzregistern, sind dann zahnlose Instrumente, wenn sie leicht umgangen werden können. Die Stärkung von Interessenverbänden von KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen ist zentral, um die gemeinsamen Interessen der breiten Bevölkerung den Partikularinteressen einer finanzkräftigen Elite entgegenzustellen. Schließlich bedarf es einer Wahlrechtsreform, die auf den zunehmenden Anteil nicht wahlberechtigter Bevölkerungsgruppen

reagiert und allen hier lebenden Menschen Möglichkeiten der Mitbestimmung gewährt.

Mit Blick auf politische Einflussnahme ist vor allem die drastische Vermögenskonzentration in Angriff zu nehmen. Wenn im reichsten 1% der Bevölkerung fast 40% aller Vermögen angehäuft sind, eröffnet das den Überreichen viele Möglichkeiten, ihre politischen Interessen finanziell voranzutreiben. Auch hier werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede deutlich, denn Männer haben vor allem an der Spitze der Verteilung deutlich mehr Vermögen als Frauen und damit mehr Möglichkeiten der Einflussnahme (Schneebaum et al. 2018). Der Verteilungsforscher Thomas Piketty schlägt eine radikale Umverteilung der Vermögen vor mit stark progressiven Steuern gegen Überreichtum, sinnvollen Begrenzungen bei ManagerInnengehältern, einem Grundvermögen für junge Menschen und Erbschaftssteuern gegen dynastische Vererbung von Privilegien (Piketty 2020). Gleichzeitig gilt es das öffentliche Vermögen zu stärken und zu mehren. Ein gut ausgebauter Sozialstaat erweitert die Spielräume für politische Teilhabe für alle, die sich nicht durch Privatvermögen Gehör verschaffen können. Vom Bildungs- bis zum Gesundheitssystem müssen die einzelnen Pfeiler des Sozialstaates die Menschen dazu befähigen und motivieren, ihre Interessen einzubringen und gemeinsam zu vertreten. Dazu müssen allerdings auch die Kanäle geschaffen werden, diese Anliegen in die politische Arena zu tragen. Zandonella und Ehs (2021) haben in der letzten Ausgabe von „Wirtschaft und Gesellschaft“ dazu eine Palette an konkreten Maßnahmen, von Klassenquoten bis zu BürgerInnenräten, zur Diskussion gestellt. Schließlich hängt die Motivation zur Partizipation stark mit dem Vertrauen in die Demokratie zusammen. Es sollte somit ein gemeinsames Ziel von Politik, Interessenverbänden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sein, dieses Vertrauen in der Bevölkerung zu stärken, indem die Partikularinteressen der vermögenden Elite endlich gemäß ihrem Bevölkerungsanteil gewichtet werden.

Die WUG-Redaktion

Literatur

Alstadsæter, Annette/Johannesen, Niels/Zucman, Gabriel (2019). Tax Evasion and Inequality. American Economic Review 109 (6), 2.073–2.103.

Berger, Johannes/Nutzinger Hans G. (Hg.) (2008). Macht oder ökonomisches Gesetz? Zur Aktualität einer gesellschaftspolitischen Kontroverse. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft. Band 21. Marburg, Metropolis Verlag.

Boatcă, Manuela (2017). Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen. In: Nikolaus Dimmel/Julia Hofmann/Martin Schenk/Martin Schürz (Hg.). Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Wien, Studienverlag.

Bödeker, Sebastian (2012). Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in

Deutschland. WZBrief Zivilengagement 05. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
Böhm-Bawerk, Eugen (1914). Macht oder ökonomisches Gesetz? Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 23, 205–271.
Cagé, Julia (2020). The Price of Democracy. How Money Shapes Politics and What to Do about It. Cambridge, MA, Harvard University Press.
Checchi, Daniele/Visser, Jelle/Van De Werfhorst, Herman G. (2010). Inequality and Union Membership: The Influence of Relative Earnings and Inequality Attitudes. British Journal of Industrial Relations 48 (1), 84–104.
Dammerer, Quirin/Hubmann, Georg (2021). Die Vermögenssteuer-Debatte in österreichischen Tageszeitungen. Momentum Institut. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/vermoegenssteuer_medien.pdf (abgerufen am 22.10.2021).
Dahl, Robert A. (1957). The concept of power. Behavioral Science 2 (3), 201–215.
Dutt, Amitava K. (2015). Uncertainty, power, institutions, and crisis: implications for economic analysis and the future of capitalism. European Journal of Economics and Economic Policies 3 (1), 9–28.
Eberhardt, Pia (2019). Unternehmenslobbyismus in Brüssel am Beispiel TTIP. Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lobbyismus. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/lobbyismus/276888/unternehmenslobbyismus-in-bruessel-am-beispiel-ttip (abgerufen am xx.xx.2021).
Elsässer, Lea/Schäfer, Armin (2017). Nur wer wählt, zählt? Die politischen Entscheidungen des Bundestags sind zulasten der Armen verzerrt. Gesellschaftsforschung 1/2017, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 8–12.
Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2016). Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
Fourcade, Marion/Ollion, Etienne/Algan, Yann (2015). The Superiority of Economists. Journal of Economic Perspectives 29 (1), 89–114.
Gilens, Martin/Page, Benjamin (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics 12 (3), 564–581.
Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe (2019): Feministische Ökonomie. Eine Einführung. 3. Aufl. Wien, Mandelbaum Verlag.
Hartmann, Michael (2018). Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
Jacobs, Elisabeth (2017). Everywhere and Nowhere: Politics in Capital in the Twenty-First Century. In: Heather Boushey/J. Bradford DeLong/Marshall Steinbaum (Hg.): After Piketty. Cambridge, MA, Harvard University Press.
Kalmbach, Peter (2008). Anmerkungen zum Verhältnis von Macht und ökonomischem Gesetz. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft Band 21. Marburg, Metropolis Verlag, 83–104.
Lazear, Edward P. (2000). Economic Imperialism. The Quarterly Journal of Economics 115 (1), 99–146.
Neumayr, Michaela (2017). Super Rich & Super Generous. Spenden von Superreichen versus demokratische Ideale. In: Nikolaus Dimmel/Julia Hofmann/Martin Schenk/Martin Schürz (Hg.). Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Wien, Studienverlag.
Page, Benjamin/Bartels, Larry/Seawright, Jason (2013). Democracy and the Policy Preferences of Wealthy Americans. Perspectives on Politics 11 (1), 51–73.
Piketty, Thomas (2014). Das Kapital im 21. Jahrhundert. München, C.H. Beck.
Piketty, Thomas (2020). Kapital und Ideologie. München, C.H. Beck.

Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016). Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen. SWS-Rundschau 56 (1), 75–96.
Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2015). Property and power: lessons from Piketty and new insights from the HFCS. European Journal of Economics and Economic Policies 12 (2), 204–2019.
Rothschild, Kurt W. (2002). The absence of power in contemporary economic theory. Journal of Socio-Economics 31 (5), 433–442.
Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2020). Der Triumph der Ungerechtigkeit. Berlin, Suhrkamp Verlag.
Schlögl, Matthias/Plehwe, Dieter (2015). Schlagseite programmiert. Eine neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich. Kurswechsel 2/2015, 28–43.
Schneebaum, Alyssa/Rehm, Miriam/Mader, Katharina/Hollan, Katarina (2018). The Gender Wealth Gap Across European Countries. Review of Income and Wealth 64 (2), 295–331.
Schürz, Martin (2019). Überreichtum. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
Trappel, Josef (2019). Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hg.). Österreichische Mediengeschichte. Band 2. Wiesbaden, Springer VS.
Walter, Florian (2012). Von Teilhabe ausgeschlossen? Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Österreich. Kurswechsel 3/2012, 40–48.
Weber, Max (1922). Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen, Mohr.
Zandonella, Martina (2020). Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. In: Armutskonferenz (Hg.), Stimmen gegen Armut. Wie soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Wien, BoD-Verlag.
Zandonella, Martina/Ehs, Tamara (2021). Demokratie der Reichen? Wirtschaft und Gesellschaft 47 (1), 63–102.
Zucman, Gabriel (2014). Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin, Suhrkamp Verlag.